

Fantasie aufwenden

Interview mit Karl Peter Bruch, Innenminister von Rheinland-Pfalz, über die Besonderheiten der rheinland-pfälzischen Verwaltungsstruktur, die spezielle Strategie zur Verwaltungsmodernisierung und Verwaltung im Jahr 2030.

Herr Innenminister, bei der Verwaltungsmodernisierung verfolgt jedes Bundesland eine eigene Strategie, wie ist Rheinland-Pfalz das Thema angegangen?

Rheinland-Pfalz hat eine atypische Verwaltungsstruktur mit mehr als 2.300 selbstständigen Gemeinden und der übergeordneten Ebene der Verbandsgemeinden. Statt drei Bezirksregierungen haben wir heute nur noch die ADD, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektionen, die den administrativen Teil erledigen, und die Struktur- und Genehmigungsdirektion, die für die Fachbereiche zuständig ist. Zudem wurden Landesbetriebe gegründet, die nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden. In den Jahren 1996 bis 2000 sind wir die ersten Schritte in Richtung einer Verschlankung der Verwaltung gegangen. Aktuell überlegen wir, wie die Verwaltung im Jahr 2030 aussehen könnte. Dabei ist nur sicher, dass die Bevölkerungszahl abnehmen wird. Wir wissen jedoch nicht, wie sich die Gemeinde im Inneren darstellen wird, ob die Ehrenamtlichkeit noch in der Form vorhanden sein wird, wie wir sie heute haben. Ein anderes großes Fragezeichen ist die Technikentwicklung. Hier ist es wichtig zu definieren, welche Verwaltungsebene

welche Aufgaben erfüllen soll und wie nah sie am Bürger sein muss. Das ist zwangsläufig mit der Frage verbunden, ob die jetzige Verwaltungsgliederung aufrechterhalten werden kann und soll. Hier sind wir noch im Findungsprozess. Bezogen auf eine Strecke von 100 Metern stehen wir etwa bei 60 Metern.

Inwiefern unterscheidet sich die rheinland-pfälzische Strategie von der anderer Bundesländer?

Wir hatten eine Aufgabenkritik mit den Ministerien durchgeführt. Das Ergebnis waren 33 Veränderungen. Deren Realisierung hätte jedoch nur über die Rasenmäher-Methode funktioniert. Deshalb haben wir den Weg eingeschlagen von Aufgabenkritik und anschließenden Fach- und Bürgerkonferenzen zur Zukunft der Verwaltung. Es hat sich aber abgezeichnet, dass wir nicht umhin kommen, einen Katalog aufzustellen mit den angestrebten Veränderungen innerhalb der Verwaltung, um anschließend über Zuständigkeiten diskutieren zu können. Die Struktur ist dabei festgelegt. Die Ortsgemeinden bleiben selbstständig, das ist der Wunsch aller Fraktionen und auch vom Ministerpräsidenten so formuliert. Die Verbandsgemeinden als übergeordnete Ebene werden eben-

falls nicht in Frage gestellt, obwohl man sich hier über die Größenordnungen unterhalten muss. Im Grunde soll die Struktur erhalten bleiben und die Veränderungen sollen im Inneren stattfinden. Möglicherweise könnte es auch zur Veränderung kommunaler Grenzen kommen.

Welche Rolle spielt die Informationstechnik bei den angesprochenen Veränderungen?

Die Informationstechnik ist ein Grund, warum es eine Kommunal- und Verwaltungsreform gibt. Weil die Frage der Wege eine entscheidende ist, die Frage des Informations- und Wissenstransfers. In vielen Verbandsgemeinden braucht man ein Auto, um zur Verwaltung zu kommen. Hier könnte eine stärkere Vernetzung stattfinden. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, aber ich glaube, dass wir noch sehr viel Fantasie aufwenden müssen. Zumal die Kommunen fragen, ob sie die Bürger noch genauso gut bedienen können, wenn die Kreisverwaltung



Karl Peter Bruch

irgendwo angesiedelt ist und nicht mehr in unmittelbarer Nachbarschaft. Dann können E-Mail und Internet eine große Hilfe sein. Das Angebot von Online-Dienstleistungen werden wir auf jeden Fall weiter ausbauen.

Wie bewerten Sie die im Juli 2006 geschaffene Zentralstelle für IT und Multimedia?

„Es ist zu definieren, welche Verwaltungsebene in Zukunft welche Aufgaben erfüllen soll.“

Wir haben die Zentralstelle damals ganz bewusst geschaffen. Es war eine politische Entscheidung, weil die Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen ebenso zwingend erschien, wie die von Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Erfahrung zeigt, dass das eingetreten ist, was die Regierung sich erhofft hatte. Und auch wenn die Akzeptanz nicht von Anfang an vorhanden war, hat sich mittlerweile die Überzeugung durchgesetzt, dass es eine gute Entscheidung war. Die Sorge einer Überbehörde hat sich nicht bestätigt. Die Fachbereiche sind weiterhin selbstständig, aber es gibt eine Stelle, die bei der Organisation und Beschaffung sowie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Ratschläge erteilt. Dadurch dass nun die Finanz- und Wissenskompetenz sowie die Organisationsgewalt in einer Hand liegen, konnten Einsparungen in einer Größenordnung zwischen drei und vier Millionen Euro im Jahr erzielt werden. Die Marktmacht, die wir in diesem Bereich haben, gilt es auszubauen.

Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Bereich E-Government geregelt?

Wir haben ein sehr enges Verhältnis zu den Kommunen. Das geht bis in die Vertragsgestaltung hinein. Zudem betreiben alle Kommunen und das Land ein einheitliches Netz. Alle drei Monate sitzen wir mit Vertretern der drei

kommunalen Spitzenverbände zusammen. Wir pflegen einen sehr offenen Dialog. Den Spitzenverbänden stehen wir

zum Beispiel bei Überlegungen zur Einführung von Dokumenten-Management-Systemen beratend zur Seite. Und natürlich sind wir mit den Kommunen hinsichtlich der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Gespräch. Außerdem ist es die Aufgabe der Zentralstelle für IT und Multimedia über die Landesverwaltung hinaus den Dienstleistungscharakter und die Kompetenz, die wir haben, auszubauen, sodass der große IT-Dienstleister des Landes auch in der Lage und bereit ist, für die Kommunen, die dies nicht leisten können, bestimmte Dienstleistungen zu erbringen.

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist eine große Herausforderung, wie bewerten Sie diese europäische Vorgabe?

Theoretisch gesehen, ist es eine hervorragende Sache. Die Frage ist, wo der Einheitliche Ansprechpartner verortet wird, welche Kompetenzen er hat und was die IT hier leisten kann. Und da sind wir im

Moment dabei, verschiedenste Details mit den Kommunen zu klären. Zur Ansiedlung des Einheitlichen Ansprechpartners haben die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Modelle entwickelt. Bei uns ist diesbezüglich noch keine Entscheidung gefallen. Es sind auch technische Vorarbeiten zu leisten, weshalb man nichts überstürzen sollte. Und es gibt den politischen Willen, über die Vorgaben hinauszugehen und den Service auch für inländische Dienstleister anzubieten.

Wenn Sie in das Jahr 2030 blicken, wie sieht da die Verwaltung in Rheinland-Pfalz aus?

Wenn es nach mir ginge, wird sie schlanker sein. Sie wird modern sein, also auch auf den Zeitgeist reagieren. Wir werden nicht mehr alle heutigen Leistungen örtlich vorhalten können oder sie werden von anderen erbracht werden. In Teilbereichen könnten auch Private stärker beteiligt sein. Insgesamt hat die Verwaltung folgendes Problem: Wir werden weniger sein, es wird nicht dramatisch sein, aber wir werden weniger sein. Und die große Frage ist, wie die Verwaltung den sozialen Herausforderungen begegnet. Dass IT eine Menge lösen kann, davon bin ich überzeugt. Aber wie die öffentliche Hand in die Lage versetzt werden kann, bestimmte Dienstleistungen vorzunehmen für die Menschen, die nicht mehr aktiv sein können aufgrund von Alter oder Handicaps, die vielleicht auch soziale oder zwischenmenschliche Betreuung brauchen, darauf gilt es eine Antwort zu finden.

Interview: Alexander Schaeff, Alexandra Reiter